

Alexander Wolters

---

# DIE POLITIK DER PERIPHERIE

---

Protest und Öffentlichkeit in der  
Republik Kyrgyzstan

[transcript]

be bibliotheca  
eurasica

**Aus:**

*Alexander Wolters*

## **Die Politik der Peripherie**

### **Protest und Öffentlichkeit in der Republik Kyrgyzstan**

Juli 2015, 350 Seiten, kart., 54,99 €, ISBN 978-3-8376-3143-2

Die öffentliche Meinung bildet in der Moderne eine Voraussetzung für den politischen Streit. Eine Welt globaler Verflechtungen stellt diese Beziehung jedoch zunehmend vor neue Herausforderungen. Alexander Wolters' Fallstudie über die Republik Kyrgyzstan nach 2005 bietet faszinierende Einblicke in das störanfällige Verhältnis zwischen Politik und Öffentlichkeit jenseits der westlichen Welt: Die zunehmende Simulation politischer Konflikte setzt hier selbstreferentielle Prozesse in Gang, in denen Akteure auf Dauer die Rationalität für ihr Handeln genommen wird. Dieser Befund erklärt nicht nur Entwicklungen in Zentralasien, sondern er verdeutlicht auch die generellen Strukturdefizite von Politik in Zeiten der Globalisierung.

**Alexander Wolters** (Dr. phil.), geb. 1976, ist seit 2013 DAAD-Dozent an der OSZE-Akademie in Bischkek und lehrt dort unter anderem politische Soziologie und Sozialtheorie.

Weitere Informationen und Bestellung unter:

[www.transcript-verlag.de/978-3-8376-3143-2](http://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-3143-2)

# Inhalt

---

**Vorwort** | 7

**Einleitung** | 9

## THEORIE

**2. Zum Begriff des Politischen** | 21

- 2.1 Der Begriff des ‚Politischen in Zentralasien‘  
in der Politikwissenschaft | 21
- 2.2 Der Begriff des Politischen in der Theorie sozialer Systeme | 42
- 2.3 Der Begriff der öffentlichen Meinung und ihre Beobachtung | 64

## EMPIRIE

**3. Die Entstehung der öffentlichen Meinung** | 87

- 3.1 Vom kritischen Zirkel zur Protestorganisation: Die *Nationale Koalition Demokratischer Kräfte* | 90
- 3.2 Politischer Konflikt als Überforderung: Eine neue öffentliche Meinung in Kyrgyzstan | 102
- 3.3 Zwischen politischem Anspruch und öffentlicher Wahrnehmung: *Für Reformen* und die Agenda der ‚zehn Schritte‘ | 108
- 3.4 Politischer Konflikt als öffentliche Veranstaltung im postrevolutionären Kyrgyzstan | 127

**4. Die Dominanz der öffentlichen Meinung** | 135

- 4.1 Skandale und eine Lehrstunde in der Kompromissuche: ‚Matrjoschkagate‘ und das legendäre ‚Novembermiting‘ | 135
- 4.2 Politischer Konflikt als eine moderne Veranstaltung | 158

**5. Die Krise der öffentlichen Meinung** | 165

- 5.1 Opposition oder Renegat?: Die *Vereinigte Front für eine würdige Zukunft Kyrgyzstans* und ihr politischer Kampf | 165
- 5.2 Konflikt als Risiko des Funktionsverlusts der Politik | 186
- 5.3 Protest als leere Veranstaltung: Die Demonstrationen im April und die Zerschlagung der *Vereinigten Front* | 191
- 5.4 Die Entstehung ‚negativer Politik‘: Konflikt in neuer Funktion | 217

## **ANALYSE**

### **6. Die Dynamik der ‚Politik der Peripherie‘ | 225**

- 6.1 Die Bewegungen *Für Reformen* und *Vereinigte Front* im Vergleich | 226
- 6.2 Über die Wirkung unterschiedlicher politischer Ordnungslogiken | 234
- 6.3 Kooptation als besondere Form politischer Kommunikation | 242
- 6.4 Über die Funktion der ‚negativen Politik‘ | 250

### **7. Schlussbemerkungen | 259**

- 7.1 Öffentliche Meinung als neuer Gegenstand für die Regimeforschung | 260
- 7.2 Öffentliche Meinung als Herausforderung an die Politik in Kyrgyzstan | 269

### **Anhänge | 277**

Anhang A | 277

Anhang B – Glossar | 278

Literatur- und Quellenverzeichnis | 285

# 1. Einleitung

---

Der Gegenstand des vorliegenden Buches ist die Politik in der Republik Kirgizstan. In diesem Staat in Zentralasien mündeten politische Prozesse in den Jahren seit der Unabhängigkeit von der Sowjetunion in zwei gewaltsamen Umstürzen, in Experimenten mit parlamentarischer Demokratie, in unzähligen Protesterscheinungen sowie Wahlveranstaltungen, welche die OSZE als die freiesten und fairesten in der Region feierte. Politik in Kirgizstan ist mit diesen einmaligen Erfahrungen ein besonderes Phänomen in Zentralasien, welches unsere erhöhte Aufmerksamkeit verdient.

Diesen Ruf nach einer intensiven Beschäftigung mit politischen Prozessen in Kirgizstan möchte ich im Folgenden weiter begründen. Dabei führe ich auch in einige Hintergründe meines Gegenstands ein. Mein primäres Anliegen ist es, mit Hilfe meiner Forschungen zu politischen Konflikten in der Republik allgemeine Aussagen über die ‚Politik der Peripherie‘ zu treffen. Mit diesem Begriff ziele ich ab auf jene Politik, die abseits der globalen Zentren der Macht stattfindet, die aber auch zunehmend dem Zugriff globaler Verflechtungen unterliegt. Wie gestaltet sich Politik an diesen Orten, wo historische Erfahrungen von politischer Entscheidungsfindung immer stärker dem Druck moderner Systemzwänge ausgesetzt sind? Kirgizstan soll als Fallbeispiel dienen, um den möglichen dynamischen Prozessen von Adaption oder Adoption, von Übernahme, Annahme oder Widerstand, auf die Spur zu kommen.

Mit meiner Untersuchung möchte ich beitragen zu einer vielseitigen Beschreibung dieser ‚Politik der Peripherie‘. In Bezug auf meinen Gegenstand, die Politik in der Republik Kirgizstan, und in Bezug auf politische Entwicklungen in Zentralasien und im post-sowjetischen Raum im Allgemeinen geht es mir dabei um die Problematisierung von drei Annahmen. *Erstens* wende ich mich gegen die häufig anzutreffende Erwartung, Politik in der Region Zentralasien und eben auch in Kirgizstan stehe für die Präsenz und Permanenz ‚traditioneller‘ Strukturen. ‚Tradition‘ kann dabei als Begriff für viele Vorstellungen stehen,

vom ‚Orient‘ mit seinen ‚fatalistischen‘ Politikeinstellungen über den „Osten“, der eine „besondere Angelegenheit“ (Isajew 2006) ist, bis hin zu neueren Beobachtungen von ‚informellen Institutionen‘ und ihren mitunter allumfassenden Kräften. Was in diesen Beschreibungen nur unzureichend in Rechnung gestellt wird, ist die Anwesenheit moderner gesellschaftlicher Differenzierungsvorgaben. Damit meine ich die offensichtliche Tatsache, dass die Globalisierung und die zunehmende Vernetzung der Welt mit dazu beitragen, dass auch in der Peripherie Anpassungszwänge der Moderne entstehen, auf die örtliche Gegebenheiten irgendwie reagieren müssen. Aus Gründen, die ich in meinen theoretischen Überlegungen noch ausführe, werden diese Anpassungszwänge der Moderne in den meisten Beschreibungen der ‚Politik der Peripherie‘ negiert. In meiner Untersuchung rücke ich das Zusammenspiel zwischen den ‚örtlichen Gegebenheiten‘ und den ‚Anpassungszwängen der Moderne‘ in den Mittelpunkt. Meine These ist, dass moderne Formen der Differenzierung heute eine unhintergehbare Bedingung für die Ausformung politischer Prozesse darstellen. In unseren Beschreibungen politischer Entwicklungen in Zentralasien müssen wir dieser neuen Bedingung gerecht werden.

*Zweitens* setze ich mich in meiner Untersuchung mit Vorstellungen auseinander, in denen diese ‚traditionellen Strukturen‘ qualifiziert werden. Im Vordergrund steht hier die Idee, diese Strukturen seien stabil und bildeten die Grundlage für die beeindruckende Dauer der in dieser Region existierenden politischen Regime. In der Forschung zu Politik in Kirgizstan sind verschiedene Konzepte getestet worden. Prominenz erlangt haben in den letzten Jahren Begriffe wie „Klane“, „Landsmannschaften“, „Regionalismen“ oder „erweiterte Familienverbände“ und „lokale Netzwerke“. Ihnen inhärent ist die gemeinsame Annahme, dass sie zur Ausbildung von mehr oder weniger stabilen politischen Loyalitäten beitragen und diese Loyalitäten sich wiederum in stabile Regimestrukturen übersetzen. Diese Begriffe und die ihnen eigenen Annahmen sind jüngst in die Kritik gekommen für ihre oft unzureichende Erklärung historischer Voraussetzungen und für ihre unscharfe Formulierung jener Bedingungen, die spezifische Loyalitäten bewahren helfen. Darüber hinaus hat gerade das Beispiel Kirgizstans empirische Irritationsware erster Güte geliefert, mit allein zwei Regimeumstürzen in fünf Jahren und einer inzwischen beeindruckenden Geschichte selektiver Mobilisierungen. Ich werde in meiner Diskussion gegenwärtiger Ansätze in der ‚vergleichenden Regimeforschung‘ und in den ‚Zentralasienstudien‘ diese Kritik und Irritation eingehend reflektieren. An dieser Stelle frage ich vorläufig nach den Reproduktionsbedingungen für die traditionellen Strukturen. Ich behaupte, dass „Klane“ und „Regionalismen“ wie auch alle anderen auf ‚Tradition‘ aufbauenden Begriffe einem Stresstest ihrer eigenen Bewährungsbedingun-

gen unterzogen werden müssen. Voraussetzung dafür ist die Entwicklung eines angemessenen theoretischen Rahmens, der ‚Tradition‘ radikal als eine soziale Praxis versteht, welche immer in der Gegenwart stattfindet.

*Drittens* möchte ich jenen Annahmen begegnen, mit denen Politik in Kirgyzstan und der weiteren Region als Ausdruck eines besonderen Spiels geschickt kalkulierender Akteure skizziert wird. Die Idee hinter dieser Annahme ist, dass Akteure in der ‚Politik der Peripherie‘ mit einer ganz eigenen Umsicht ausgestattet sind, dass sie eine ganz spezielle Rationalität besitzen, die sie auch im scheinbar allumfassenden Chaos, wie jenes in Kirgyzstan während der Tulpenrevolution im März 2005, sicher operieren und handeln lässt. Ich werde in meiner Analyse zeigen, wie sehr diese Vorstellung auch das Produkt einer besonderen Form politischen Streits ist. Die im Hintergrund dieser Ansicht formulierte Annahme lässt vorab bereits den etwaigen Einzug der Moderne wie auch stabile oder instabile politische Loyalitäten zur reinen Fassade werden, hinter der Akteure in einer für äußere Beobachter kaum zugänglichen Wirklichkeit agieren. Der Eindruck mangelnder Reflexion oder das Aufkommen von Handlungsunfähigkeiten widerspricht dieser Auffassung und wird, falls beobachtet, häufig als Teil der Fassade beschrieben. Meine Untersuchung richtet sich nun auf die Funktionsweise von Fassaden und problematisiert sie. Wie können Akteure überhaupt Rationalität bewahren, wenn sie mit modernen Bedingungen der Produktion und mit modernen Bedingungen der Beobachtung politischer Repräsentationen konfrontiert werden? Und was passiert, zugespitzt gefragt, wenn Akteure ihre Geschicklichkeit verlieren und die Entscheidungen in der Politik immer mehr Kontingenz bewältigen müssen? Meine These für dieses Problem lautet, dass Rationalität an anderem Ort, genauer gesagt: in der ‚öffentlichen Meinung‘ als der modernen Bedingung für politische Reflexion, gesucht werden muss. In der öffentlichen Meinung bildet sich die Kapazität aus, auf politische Ereignisse zu reflektieren und an sie rational anzuknüpfen.

Um meine hier aufgestellten Thesen zu überprüfen treffe ich zwei für die vorliegende Untersuchung bedeutende Entscheidungen. Zum einen ziehe ich die Theorie sozialer Systeme heran, um meine Idee von der Verflechtung ‚örtlicher Gegebenheiten‘ mit den ‚Anpassungszwängen der Moderne‘ genauso auf einen tragfähigen Begriff zu bringen wie auch die radikalisierte Vorstellung von sozialer Praxis und von öffentlicher Meinung als Reflexionsinstanz der Politik. Zum anderen entscheide ich mich bei dem Zugang zur Empirie dafür, ‚Konflikte‘ als Methode der Materialanordnung wie auch der Analyse und Bewertung zu nutzen. Ich werde beide Entscheidungen etwas ausführlicher begründen, möchte aber vorab den Gegenstand dieses Buches, die Politik in Kirgyzstan, vorstellen.

Der historische Kontext ist schnell erzählt: Die politischen Verhältnisse in Kirgizstan waren nach der Unabhängigkeit 1991 einem steten Wandel ausgesetzt. Ein erster Schritt in Richtung Reformen und die Öffnung des politischen Systems erfolgte bereits Anfang der 90er Jahre. Askar Akajew, ein Gelehrter aus der Akademie der Wissenschaften, erklomm im Herbst 1990 überraschend das höchste Staatsamt und brach das Monopol der Kommunistischen Partei. In den ersten Jahren seiner Amtszeit präsentierte sich Akajew als liberal gesinnt und weltoffen, frei von den Zwängen alter Parteiseilschaften. Sein Programm versprach den Anschluss an die globale Welt, die Einbindung in internationale Organisationen und die Einleitung mitunter radikaler Reformen. Parallel zum Aufstieg Akajews wuchs die Demokratiebewegung, die in der Folge den Grundstein für eine stark fragmentierte aber dennoch vorhandene Parteienlandschaft und eine äußerst lebendige NGO Gemeinschaft bildete.<sup>1</sup> Diese Entwicklung fand mit der Annahme einer neuen Verfassung im Mai 1993 ihren Höhepunkt. Sie sah einen starken Präsidenten vor, der von einem machtvollen Parlament in seinen Entscheidungen kontrolliert werden konnte. Ein kirgizischer Sonderweg in enger Nachbarschaft mit entstehenden Präsidialregimen in Zentralasien.

Die politische Entwicklung nahm eine erste Wende, als Akajew in Folge von Skandalen im staatlichen Goldabbau von seinem Recht Gebrauch machte und das Parlament auflöste und Neuwahlen für das Frühjahr 1995 ansetzte. Das Parlament blieb in der Folge zwar der Ort, an dem präsidiale Politik kritisch kommentiert wurde, es musste aber hilflos mit zusehen, wie die demokratischen Errungenschaften in der Verfassung sukzessive abgebaut wurden. Mit Hilfe von Referenden in den Jahren 1994, 1996, 1998 und 2003 ließ sich der Präsident mit immer neuen Vollmachten ausstatten, während er die Kompetenzen konkurrierender Organe reduzierte. Schützenhilfe bei diesem Vorgehen erfuhr der Präsident verstärkt aus seiner engeren familiären Umgebung und von ausgewählten Regimeanhängern. Zentral war die Entscheidung des Verfassungsgerichts von 1998, Akajew eine dritte Amtszeit zu erlauben, was einen Bruch mit der Verfassung bedeutete.<sup>2</sup> Die oberste Richterin Tscholpon Bajekowa, so wurde anschließend kolportiert, habe sich von Akajew mit Zusagen kaufen lassen. Gleiches berichtete man in der Folge auch über solch ambitionierte Politiker wie den Bisch-

---

1 Vgl. zu den frühen politischen Entwicklungen in Kirgizstan Anderson (1999); zu Akajews Werdegang vgl. Spector (2004).

2 Begründet wurde diese Entscheidung mit Verweis auf die unterschiedliche Legitimität der vorangegangenen Amtszeiten. Dem Urteilsspruch zufolge gehörte die erste Amtszeit nicht in die Zählung miteinbezogen, da sie nicht auf Basis der erst 1993 angenommenen Verfassung zustande gekommen war (vgl. Huskey 2002).



keker Bürgermeister Feliks Kulow oder den Premierminister Kurmanbek Bakijew, der später Akajew im Amt des Präsidenten nachfolgen sollte.

Wo Schützenhilfe und Zusagen nicht ausreichten, bewies das Regime unter Akajew auch vermehrt die Fähigkeit, repressiv gegen politische Gegner vorzugehen. Während bei den Präsidentschaftswahlen 1995 der Sieg noch mit mittelschwerem Wahlbetrug gesichert werden konnte, wurden im Jahr 2000 potentielle Mitbewerber per Gerichtsbescheid ins Gefängnis verbannt. Feliks Kulow wurde im März 2000 verhaftet und des Amtsmissbrauchs angeklagt und verurteilt. Zeitgleich mit dem Beginn dieser Repressionen organisierte die Umgebung des Präsidenten die Übernahme wichtiger Wirtschaftsbetriebe im Land. Insbesondere Präsidentensohn Aidar und der Schwiegersohn Akajews, Adil Toiganbajew, schafften in kurzer Zeit die Filetstücke der unterentwickelten Wirtschaft des Landes auf ihre Habenseite.<sup>3</sup>

Im Frühjahr 2002 kam es schließlich bei Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei in dem Kreis Aksy zu mehreren Toten. Auslöser der Proteste war die Verhaftung des Parlamentariers Asimbek Beknazarow gewesen, der sich gegen den Verkauf von Land an die Volksrepublik China ausgesprochen hatte. Im Anschluss an diese Tragödie erhoben sich überall im Land Proteste gegen Präsident und Regierungsvertreter, die das Regime mit der selektiven Absetzung bestimmter Kader zu beruhigen versuchte. Akajew stimmte der Einberufung einer Verfassungskommission zu, die Vorschläge für eine Reform erarbeiten sollte. Das Resultat dieser Gruppe fiel indes mager aus, nachdem der Präsident nach einer Phase des Zögerns plötzlich die Abschaffung der Kommission und die Einrichtung einer Expertenversammlung verfügte, welche regierungsgenehme Vorschläge unterbreitete. Das Referendum im Februar 2003 besiegelte diesen letzten Coup des Präsidenten.

Im Vorfeld der Parlamentswahlen 2005 entstanden im Land mehrere Oppositionsbewegungen, die im Widerstand gegen das Regime Akajews vereint waren. Bedeutenden Einfluss gewannen die *Volksbewegung Kyrgyzstan* unter Führung des ehemaligen Premierministers Bakijew und die Organisation *Ata-Schurt* mit der ehemaligen Außenministerin Rosa Otunbajewa an der Spitze. Diese Organisationen forderten Reformen und versuchten, den Repressionen Einhalt zu gebie-

---

3 Kurz vor der Jahrtausendwende erhöhte die politische Ratingagentur Freedomhouse in ihrer jährlichen Bewertung politischer Freiheiten die Werte für Kyrgyzstan. Sowohl für „Politische Rechte“ als auch für „Bürgerliche Freiheiten“ stiegen die Werte von 4 auf 5 für das Jahr 1998. Nachdem für das Jahr 2000 der Wert für Politische Rechte auf 6 stieg, verlor Kyrgyzstan seinen Status als „teilweise frei“ und wurde als „nicht-frei“ eingestuft (vgl. Freedomhouse 2009).

ten. Am Ende brachte die Opposition vereint genug Schlagkraft auf, um die Herrschaft Akajews im März 2005 zu beenden. Diese Ereignisse wurden als ‚Tulpenrevolution‘ weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt und sie standen in einer Reihe mit anderen sogenannten ‚Bunten Revolutionen‘ im postso-wjetischen Raum.

Nachdem Akajew aus Amt und Land gejagt worden war, brach sich eine Vielzahl neuer politischer Kräfte Bahn. Der aus der Haft befreite Feliks Kulow kümmerte sich kurzfristig um die Sicherheit in Bischkek, während Ex-Premier Bakijew zum geschäftsführenden Präsidenten ernannt wurde. Das neue Parlament begann unter Leitung des Sprechers Omurbek Tekebajew seine Arbeit, derweil überall im Land Bewegungen, NGOs und soziale Protestgruppen ihren Anliegen Gehör zu verschaffen suchten. Unter dem Vorsitz von Tekebajew entwarf eine Kommission einen international anerkannten Verfassungsvorschlag, während Bakijew mit überwältigender Mehrheit im Juli 2005 die Präsidentschaftswahlen gewann. Die OSZE bezeichnete die Wahlen als einen Meilenstein in der Demokratisierung in Zentralasien. Selbst als der neue Präsident seine eigene Idee für eine Verfassung der Kommission aufdrückte, blieb die Tendenz hin zu mehr politischer Pluralität bestehen. Ab dem Frühjahr 2006 trat die Zivilgesellschaft mit Forderungen nach Rechtsstaatlichkeit und weiteren demokratischen Reformen an die Öffentlichkeit. Mit der Gründung der Bewegung *Für Reformen* stand schließlich eine neue Opposition, die lautstark Reformschritte einforderte. Im November 2006 gipfelte der Streit in der Annahme einer neuen Verfassung, die die Einrichtung einer parlamentarischen Republik vorsah. Im Anschluss an die Rücknahme dieser November-Verfassung durch den Präsidenten im Dezember 2006 formierte sich umgehend eine neue Oppositionsbewegung. Andauernde Proteste der *Vereinigten Front* im April 2007 wurden schließlich durch Sicherheitskräfte aufgelöst und mit Repressionen beantwortet. Viele Führungsfiguren der Opposition wurden anschließend vom Regime kooptiert und erhielten Posten im Machtapparat. In der vorliegenden Untersuchung ist es die Entwicklung in den Auseinandersetzungen zwischen *Für Reformen* und dem postrevolutionären Regime von Präsident Bakijew, welche die *erste* Fallstudie bildet. Die *zweite* Fallstudie behandelt den Konflikt zwischen der Bewegung *Vereinigte Front* und dem Regime.<sup>4</sup>

Die Entwicklungen im Anschluss an die Zerschlagung der *Vereinigten Front* sahen die erneute Einrichtung eines autoritären Regimes in Kirgizstan. Mit Hilfe eines weiteren Referendums im Oktober 2007 schuf sich Bakijew erst eine genehme Verfassung und mit Parlamentswahlen im folgenden Dezember

---

4 Vgl zu Personen und politischen Bewegungen die Angaben im Anhang B.

schließlich ein höriges Parlament. Ab dem Frühjahr 2008 war jegliche Opposition isoliert und Repressionen setzten sowohl den Medien sowie vereinzelt Opponenten in den Jahren bis 2010 zu. Bei den Präsidentschaftswahlen im Sommer 2009 bot das Ergebnis von über 90% der Stimmen für Amtsinhaber Bakijew bereits keine Überraschung mehr. Die Opposition konnte trotz der Kritik an massiver Wahlfälschung keine Proteste organisieren. Sie blieb auch in den folgenden Monaten erfolglos, als Bakijews Familie begann, sich formal alle lukrativen Zweige der Wirtschaft unter den Nagel zu reißen, insbesondere durch die Vergabe von Schlüsselstellen an seinen Sohn Maksim Bakijew. Ab 2009 begann so die systematische Ausbeutung vorhandener Ressourcen mit der fingierten Privatisierung des Energiesektors, der Übernahme rentabler Telekommunikationsbetriebe und schließlich die massive Erhöhung aller Sozialabgaben im Winter 2009/2010.<sup>5</sup>

Im April 2010 explodierte die Lage plötzlich. Am 7. April kam es in Bischkek zu Protesten, die im Sturm auf das Weiße Haus, den Regierungssitz im Zentrum der Hauptstadt, mündeten, bei dem mehr als 80 Menschen ums Leben kamen. Seit diesen Ereignissen hat sich die Politik in Kirgizstan wieder auf ein unbekanntes, offenes Terrain begeben. Eine neue Verfassung, angenommen in einem Referendum im Juni 2010, brachte demokratischen Fortschritt. Gleichzeitig gewannen die politischen Herausforderungen in Kirgizstan mit den ethnischen Auseinandersetzungen zwischen Kirgizen und Usbeken im Juni 2010 in Osch im Süden der Republik, bei denen hunderte Menschen starben, auch eine internationale Dimension. Weitere Schritte hin zu demokratischen Reformen hängen seitdem immer davon ab, ob parallel zum Aufbau eines neuen politischen Systems auch das Gewaltisiko unter Kontrolle gehalten werden kann.

Ich konzentriere mich in meiner Analyse der Politik in Kirgizstan auf den kurzen Zeitabschnitt zwischen der ‚Tulpenrevolution‘ und den Wahlen zum Parlament im Dezember 2007. Genauer formuliert geht es mir um die Entstehung der beiden Oppositionsbewegungen *Für Reformen* und *Vereinigte Front* und die Dynamik ihrer Auseinandersetzung mit dem Regime um Präsident Bakijew. Am Beispiel dieser Konflikte werde ich zeigen, wie sehr politische Prozesse durch moderne Differenzierungsvorgaben geprägt werden, wie sehr traditionelle Strukturen unter dem Eindruck täglich neuer Konflikthanforderungen die Grenzen ihrer Reproduzierbarkeit erfahren, und wie schließlich über die öffentliche Meinung vermittelte politische Repräsentationen dem Risiko des Geltungsverlusts ausgesetzt sind.

---

5 Einen Eindruck von diesen Entwicklungen vermitteln die Berichte der US Amerikanischen Botschaft in Bischkek (vgl. Wikileaks, 29.12.2010).

Für die Zwecke meiner Untersuchung mache ich Gebrauch von der Theorie sozialer Systeme, wie sie von Niklas Luhmann und seinen Schülern in den letzten Jahrzehnten entworfen worden ist. Diesen Schritt möchte ich kurz erklären. Schließlich hat Luhmanns Systemtheorie die laufenden Debatten in den Sozialwissenschaften nachhaltig beeinflusst, ihre Anwendbarkeit für empirische Untersuchungen ist allerdings umstritten geblieben. Die Vorwürfe lauten: zu abstrakt, im Prinzip bereits aus sich selbst heraus erklärbar, und schließlich ohne eine entwickelte Methodik. Ich werde in meinem Theoriekapitel noch genauer auf diese Vorwürfe eingehen. Hier möchte ich nur festhalten, dass mein Rückgriff auf die Systemtheorie mit der Hoffnung verbunden ist, die oben festgehaltenen Annahmen begrifflich besser fassen zu können. Besonders der Fokus in der Systemtheorie auf Kommunikation und auf die Bedingungen kommunikativer Anschlussfähigkeit erlaubt, Vorstellungen wie ‚örtliche Gegebenheiten‘ und ‚Anpassungszwänge der Moderne‘ als gleichförmige Begriffe zu konzipieren, um sie anschließend in einen Bezug zueinander zu setzen. Er ermöglicht es auch, traditionelle Strukturen als Praxis zu rekonstruieren und sie so genauer auf ihre Relevanz im politischen Streit hin zu untersuchen. Schließlich stellt die systemtheoretische Annahme von modernen ‚Funktionssystemen‘ das passende Rüstzeug bereit, um die in dieser Arbeit zentral behandelte Rolle von der öffentlichen Meinung begrifflich auf sichere Füße zu stellen.

Die Entscheidung, ‚Konflikt‘ als Methode anzuwenden, folgt dem Anspruch, politische Entwicklungsdynamiken nachzuzeichnen. Es geht in der vorliegenden Untersuchung primär um Veränderungen in der Politik in Kirgyzstan. Und meine These lautet, dass diese Veränderungen zentral mit den Formen der Auseinandersetzungen um Macht zu tun haben. Konflikt als Mittel, um den Fokus meiner empirischen Beobachtungen zu schärfen, rührt somit zum einen aus der Annahme, dass Politik immer die Form von Konflikten annimmt, Politik anders letztlich gar nicht möglich ist; zum anderen gehe ich davon aus, dass in den politischen Konflikten in Kirgyzstan, in den Auseinandersetzungen zwischen den Oppositionsbewegungen und dem Regime von Präsident Bakijew, die Effekte der unterschiedlichen Differenzierungsvorgaben sowohl sichtbar werden wie auch ihre Transformation – in welcher Form auch immer – stattfindet. Konflikte sind, anders formuliert, das Medium, in dem Politik prozessiert wird. Und so wie sich aus diesem Grund die Anordnung empirischen Materials in Form von Konflikterzählungen empfiehlt, so eröffnet auch die Analyse der Eigenschaften von Konflikt im Anschluss die Chance, mehr über die Dynamik der ‚Politik der Peripherie‘ zu erfahren.

Die Herausforderungen an ein solches Konfliktmodell diskutiere ich am Ende meines zweiten Kapitels, welches mit der Theoriediskussion im Anschluss an

diese Einleitung einsetzt. In dieser Diskussion wende ich mich zuerst den weiter oben skizzierten Annahmen in herkömmlichen Beschreibungen von Politik in Zentralasien zu, um die Anforderungen an mein eigenes theoretisches Konzept genauer formulieren zu können. Daran knüpft eine kurze Diskussion systemtheoretischer Prämissen an, auf die ich für die Entwicklung der von mir benutzten Begriffe zurückgreife. Die Überlegungen zu Konflikt und die Aufstellung erweiterter Thesen schließen das Theoriekapitel ab. Es folgen drei Kapitel (3, 4, 5), in denen ich meine Fallstudien in Form von Konflikterzählungen vortrage und dabei an passender Stelle Reflexionsabschnitte einschiebe. Im Analysekapitel (6) widme ich mich der weiterführenden Interpretation meiner primären Fragen, insbesondere dem Einfluss der Moderne und der Frage nach Stabilität in einem politischen System in der Peripherie. Abschließend diskutiere ich in zwei Schlussbemerkungen (7) Möglichkeiten für eine Weiterentwicklung meines Konzepts sowie die Bedeutung meiner Forschung für unser Verständnis gegenwärtiger und zukünftiger Entwicklungen der Politik in Kyrgyzstan und Zentralasien.